

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Drucksache 16/11213 -

Technische Kriterien für Winterreifenkennzeichnung M+S festlegen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf europäischer Ebene auf die Schaffung technischer Kriterien für die Bezeichnung von Reifen als „Winterreifen“ oder „M+S-Reifen“ hinzuwirken, die dem Zweck einer besseren Bodenhaftung bei winterlichen Witterungsverhältnissen Rechnung tragen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11213 abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Heidi Wright
Berichterstatte

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Heidi Wright

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 16/11213 in seiner 202. Sitzung am 29. Januar 2009 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf europäischer Ebene auf die Schaffung technischer Kriterien für die Bezeichnung von Reifen als „Winterreifen“ oder „M+S-Reifen“ hinzuwirken, die dem Zweck einer besseren Bodenhaftung bei winterlichen Witterungsverhältnissen Rechnung tragen.

III. Beratungsverlauf im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 4. März 2009 zusammen mit dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter“ (Ratsdok. 15920/08) beraten. Federführend für diese Vorlage ist der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Zu der letztgenannten Vorlage haben die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD einen (in der Sitzung dann bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen) Entschließungsantrag eingebracht (**Ausschussdrucksache 16(16)1352**), welcher im Folgenden aufgrund des in der Erörterung im Ausschuss hergestellten Sachzusammenhangs wiedergegeben wird:

*„Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD*

zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter KOM-Nr. (2008) 779 endg.; Ratsdok.-Nr. 15920/08

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stellt fest:

Der Vorschlag zur Kennzeichnung von Reifen folgt einem integrierten Konzept, das die Bereitstellung genormter Informationen nicht nur zur Nasshaftung, sondern auch zur Kraftstoffeffizienz und zum externen Rollgeräusch gewährleistet, damit die Endnutzer ihre Kaufentscheidung sachkundig treffen können. Ziel ist es, durch die Nutzung der Marktkräfte eine dynamische Verbesserung aller Parameter über die zur Typgenehmigung (Verfahren zur EU-Marktzulassung) festgesetzten Mindestanforderungen hinaus zu bewirken.

Der Vorschlag betrifft die Schaffung eines Kennzeichnungssystems für Reifenparameter, darunter Nasshaftung, Kraftstoffeffizienz und externes Rollgeräusch, für Reifen der Klassen C1, C2 und C3 (Reifen für Personenkraftwagen, leichte und schwere Nutzfahrzeuge). Das System soll durch eine Klassifizierung nach den Reifeneigenschaften einheitliche und leicht verständliche Informationen für Verbraucher, Unternehmen und den Einzelhandel bieten. Es soll gewährleisten, dass diese Informationen den Endnutzern über verschiedene Medien (elektronisch, über Kataloge, durch Aufkleber usw.) zur Verfügung gestellt werden.

Die Bereitstellung von Informationen zu Reifenparametern in Form einer Standardkennzeichnung wird wahrscheinlich die Kaufentscheidungen der Endnutzer zu Gunsten von Reifen beeinflussen, die sicherer, geräuschärmer und kraftstoffeffizienter sind. Dies wiederum dürfte für die Reifenhersteller ein Anreiz sein, die betreffenden Reifenparameter zu optimieren, was den Weg zu nachhaltigeren Verbrauchs- und Produktionsmustern ebnet würde.

Losgelöst von diesem Vorschlag fehlt es in der Europäischen Union aber an juristisch klaren Standards für Winterreifen. In der EWG-Richtlinie für M+S-Reifen heißt es lediglich, dass deren Profil "durch größere Profiltrillen und/oder Stollen gekennzeichnet ist, die voneinander durch größere Freiräume getrennt sind".

Moderne Winterreifen erreichen ihren Grip auf Schnee nach Aussagen von Fachleuten aber nicht durch einen hohen Anteil Negativprofil, sondern durch eine Kombination aus stark lamelliertem Profil und kälteflexibler Laufflächenmischung. Um die Wintertauglichkeit besser dokumentieren zu können, wurde daher in den USA ein Traktionstest zusätzlich eingeführt. Nur dann werden die Winterreifen auch mit einem Schneeflockensymbol („Snow Flake“) gekennzeichnet.

Seit dem 1. Mai 2006 besteht nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) in Deutschland eine Pflicht zur geeigneten Bereifung. Das ist zwar noch keine Winterreifenpflicht, aber es besteht die Pflicht, die Ausrüstung des Kraftfahrzeuges an die Wetterverhältnisse anzupassen. Folgt man dieser Empfehlung nicht, ist man also zum Beispiel bei Schnee und Eis mit Sommerreifen unterwegs, wird das als Verstoß gewertet und mit 20 Euro Bußgeld bestraft, bei einer Verkehrsbehinderung sogar mit 40 Euro Bußgeld und einem Punkt im Verkehrszentralregister. Um Klarheit bei der Definition von Winterreifen zu schaffen, muss europaweit eine neue Regelung geschaffen werden, die auf dem neuesten Stand der Technik aufbaut.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung möge beschließen:

1. Der Ausschuss begrüßt die in dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter vorgesehene Kennzeichnung von Reifen.

2. Die Bundesregierung möge sowohl in ihren Verhandlungen in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen als auch im Verkehrsministerrat darauf hinwirken, dass die bestehenden Regelungen (ECE-R 30, 54 und 117 sowie die EG-Richtlinie 92/23 EWG) eine konkretere Definition für Winterreifen erhält. Hierbei sollen auch Traktionstests verbindlich vorgeschrieben werden.“

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Ausschussdrucksache 16(16)1352. In diesem Antrag werde die

Frage der Standards für Winterreifen aufgegriffen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, das Anliegen des Antrags der Fraktion der FDP sei grundsätzlich ein sinnvolles Anliegen, man könne dem Antrag aber nicht zustimmen. Zum einen habe bereits der Wettbewerb in der Vergangenheit zu sehr guten Winterreifen geführt, zum anderen setze man in einem Antrag zu der EU-Vorlage Ratsdok. 15920/08 (Ausschussdrucksache 16(16)1352) etwas andere Akzente, greife das Anliegen des Antrags der Fraktion der FDP dort aber auf.

Die **Fraktion der FDP begrüßte**, dass der Aspekt der Normen und Standards für M+S und Winterreifen aus ihrem Antrag in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(15)1352 aufgegriffen werde. Die positive Bewertung des im europäischen Vorschlag enthaltenen Labeling-Verfahrens teile sie allerdings nicht. In der aktuellen Phase, in welcher die deutschen Reifenhersteller alle Kurzarbeit angemeldet hätten, müsse man fragen, ob es sinnvoll sei, hier zusätzliche Belastungen für die Hersteller vorzusehen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/11213 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. abgelehnt.

Berlin, den 13. März 2009

Heidi Wright
Berichterstatlerin